

› Verfügbarkeit der Fachkräfte als standortspezifischer Treiber

Bildung kostet – hier zu investieren lohnt sich



Bild: Fotolia

Oft können Lehrstellen nicht besetzt werden, weil die notwendigen Qualifikationen fehlen.

Im Innovationsreport 2015 von Swiss Plastics Network wird unter anderem Bildung und die Verfügbarkeit von Fachkräften als Treiber für die Wirtschaft erwähnt. Das ist nachvollziehbar, aber keineswegs mehr sichergestellt, leuchtet man die Situation kritisch aus.

Die Verarbeitung von Kunststoffen, die Herstellung von Fertigprodukten und auch die Steuerung von immer komplexeren Maschinen setzen ein fundiertes Grundwissen sowie lebenslanges Lernen voraus. Seit im Dezember 2002 das Parlament das Bundesgesetz über die Berufsbildung angenommen hat, wird das lebenslange Lernen propagiert. Zudem arbeiten der Bund, die Kantone und die Organisationen der Arbeitswelt (OdA) zusammen. Dieses System überzeugt nicht nur in der Schweiz; auch das Ausland interessiert sich immer mehr für die bewährte Form der dualen Berufsbildung. Dass eine abgeschlossene Berufsbildung nicht das Ende der Bildung bedeutet, sondern mittels Berufsprüfung, höherer Fachprüfung, dem Besuch einer höheren Fachschule oder über den Weg der Berufsmaturität wie auch einer Fachhochschule

weitergelernt werden kann, optimiert das System. Zu bedenken ist, dass viele Mitarbeitende in den eigenen Betrieben auf verschiedenste Arten geschult werden oder selber schulen. Kauft ein Unternehmen beispielsweise eine neue Produktionsanlage, gehen Mitarbeitende oft zur Herstellerfirma, lassen sich an der Maschine ausbilden und begleiten dann die Inbetriebsetzung im eigenen Betrieb. Somit steckt viel Wissen und Können über Produkte, Materialien wie auch Produktionsabläufe in den Betrieben und deren Mitarbeitenden. Kapital, welches nicht direkt buchhalterisch erfasst und kapitalisiert werden kann, jedoch erheblich zum Wert einer Unternehmung beiträgt.

Mehr Lehrstellen für Kunststofftechnologien als Lernende

Damit der Standortvorteil der Produktion in der Schweiz beibehalten werden kann, sind neben optimalen Rahmenbedingungen wie günstige Strompreise, minimale administrative und behördliche Auflagen, Sicherheit, Eigentums Garantien etc. auch Fachkräfte nötig. Das Reservoir in unserem Land diesbezüglich ist gross. Trotzdem ist gerade im Fachkräftebereich viel Kritik zu hören. Bildungspolitikern beispielsweise werfen den Unternehmen vor, sie würden zu wenig in die Ausbildung ihrer Mitarbeitenden investieren. Dieser Vorwurf ist zu relativieren. Ausbildung findet, wie oben dargelegt, auf verschiedenen Stufen statt und nicht nur der Besuch von Kursen an Bildungsinstituten ist Ausbildung. Was jedoch viel bedeutender wiegt ist die Tatsache, dass viele Unternehmen ihre Lehrstellen nicht mehr besetzen können! Dies hängt einerseits damit zusammen, dass anfangs 2000 viele Lehrstellen geschaffen wurden, um den geburtenstarken Jahrgängen die Berufslehre zu ermöglichen. Mittlerweile sind geburtenschwächere Jahrgänge nachgewachsen und zurzeit

gibt es eindeutig mehr Lehrstellenangebote als -suchende auf dem Markt. Andererseits können Lehrstellen für Kunststofftechnologien nicht besetzt werden, da die notwendigen Qualifikationen für den Einstieg in die Berufslehre als Technologe nicht mehr gegeben sind.

Heterogene Bildungspolitik

Somit sind die Schuldigen schnell gefunden: Die Lehrmeister verlangen zuviel. Nun, der Modell-Lehrgang des Kunststofftechnologien wurde aufgrund des neuen Berufsbildungsgesetzes im Jahr 2008 angepasst und dient als Grundlage für die betriebliche und die schulische Ausbildung. Seither blieb dieser unverändert, die Anforderungen sind gleich geblieben. So lohnt sich ein Blick in die schulische Grundbildung. Leider ist ein gesamtheitliches Urteil nicht möglich, da selbst innerhalb der einzelnen Kantone die Bildungspolitik heterogen ist. Zu erwähnen sind die freie Wahl der Lehrmittel und die freie Schwerpunktbildung im Unterricht durch die Lehrkraft, eine stetig zunehmende Überforderung der Lehrer und Lehrerinnen durch die Veradministrierung der Schule durch geleitete Schulen, die Integration verhaltensauffälliger Jugendlicher in die Normalklassen (und damit die Abschaffung der Klein- oder Einführungsklassen aus kurzfristigen Kostenüberlegungen), die mangelnde Unterstützung des Elternhauses gegenüber der Schule (oder der Schulleitung gegenüber den Lehrkräften) und andere.

Ein spezielles Thema im Bildungsbereich bildet auch die Tatsache, dass in der Schweiz der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund über 20% ausmacht. Dies kann durchaus eine Chance sein, da in diesem Bereich meist eine zusätzliche Sprachkompetenz vorhanden ist. Wird jedoch der Schulunterricht durch die gesellschaftliche Integration verschiedener Ethnien so stark geprägt, dass die

Stoffvermittlung marginalisiert wird, kann das für den Einstieg ins Berufsleben notwendige Wissen nicht mehr erlernt werden. Leider werden von Lehrpersonen vermehrt Klagen vernommen, wonach diese mit Erziehungsproblemen, Streit-schlichtungen oder wegen Fehlens von kindlichem Grundwissen nicht mehr in der Lage sind, einen geregelten Unterricht zu gestalten. Der Schulstoff erreicht damit nicht mehr jenes «Muss», welches der dazugehörigen Klassenstufe entspricht und die Jugendlichen werden mit immer grösseren Wissenslücken der nächsten Stufe übergeben.

Das integrative Modell ist gescheitert

Das Ziel einer zukunftsorientierten Ausbildung junger Leute sollte ebenfalls darin bestehen, dass diese mittels eines fundierten Grundwissens in der Lage sind, die täglichen Herausforderungen zu meistern und eine Berufsausbildung in Angriff zu nehmen. Dabei sind politisch

motivierte Schulversuche eher störend und bringen Unruhe in die Bildungslandschaft. Jeder Jugendliche sollte in der Grundbildung so gefördert werden, dass er oder sie die eigenen Fähigkeiten in der Berufsausbildung und im Berufsleben einsetzen kann. Die frühere Idee, wonach eine Abstufung nach schulischer Stärke die Klasse bestimmte und eine Optimierung der Wissensvermittlung für das Kind bedeutete, hätte durchaus ihre Berechtigung. Das heutige, von Politikern gelobte integrative Modell verkennt, dass weder überforderte noch unterforderte Menschen gefördert werden und damit die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Absolvierung einer Berufsausbildung massiv gefährdet wird. Wenn in derselben Klasse Jugendliche mit zu erreichenden Lernzielen und solche mit Lernzielbefreiung unterrichtet werden, erscheint der Nutzen gegenüber der früheren Förderung lernschwächerer Schülerinnen und Schüler in speziellen Klassen höchst fraglich. Optimale Bildung kostet, und im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage der

Schweiz lohnt es sich eindeutig, hier wieder vermehrt zu investieren!

Die obige Darstellung ist ein Aufruf an die Bildungspolitik, sich des Ziels der Ausbildung bewusster zu werden und das Handeln diesem Ziel unterzuordnen. Unser Wohlstand beruht nicht zuletzt auf der Tatsache, dass unsere Industrie hochtechnisierte und hochkomplexe Produkte herstellen kann, weil die Mitarbeitenden dazu befähigt werden, hochtechnische und hochkomplexe Maschinen fehlerfrei zu bedienen. Sichern wir uns also auch für die Zukunft diesen Vorteil und diesen Bildungsvorsprung. Fordern wir – Eltern und Schule gemeinsam – von unseren Kindern Leistung und fördern dadurch die Möglichkeit, dass diese eine gute Berufsausbildung absolvieren können! ■

Swiss Plastics Mitgliederversammlung

Freitag, 12. Juni 2015, im Stade de Suisse in Bern
Zeit: ab 09.30 bis ca. 15.00 Uhr

BPA-Verbot ist vom Tisch

Im Nationalrat wurde vor zwei Jahren eine Motion eingereicht, wonach Bisphenol A (BPA) zu verbieten sei. Diese Motion wurde in der März-Session vom Nationalrat behandelt; der Bundesrat empfahl bereits im Vorfeld die Ablehnung. Swiss Plastics forderte in einem Brief an die Parlamentarier dazu auf, den Vorstoss ebenfalls abzulehnen:

Bisphenol A ist eine chemische Verbindung, welche in vielen Kunststoffen in kleinsten Mengen vorkommt. Da wiederholt behauptet wurde, der Stoff stelle eine gesundheitliche Gefährdung dar, hat sich die EFSA (European Food Safety Authority) der Thematik mittels einer Studie angenommen. Der bisherige sichere Grenzwert für BPA, welcher sich auf die tägliche Menge pro Kilogramm Körpergewicht bezieht, ist bereits letztes Jahr herabgesetzt und auf 4 Mikrogramm pro kg Körpergewicht pro Tag festgelegt worden. Die Studie der EFSA hat ergeben, dass

bei sogenannten Lebensmittelkontaktmaterialien die tolerierbare tägliche Aufnahmemenge um das drei- bis fünffache unterschritten wird. Die EFSA beurteilt BPA in der heute gebräuchlichen Menge als nicht gesundheitsschädigend und schreibt dazu: «This EFSA conclusion on BPA should be used as the basis for consistent and harmonised European food safety regulation, and should be respected by all EU Member States.»

Swiss Plastics sieht keinen Grund, weshalb in der Schweiz Bisphenol A komplett verboten werden sollte, während in den EU-Ländern mit einem sicheren Grenzwert gearbeitet wird. Ein Verbot würde eine völlig unnötige Beschränkung in Produktion und Entwicklung von Kunststoffen bewirken und für die gesamte einheimische Kunststoffindustrie einen zusätzlichen und nicht abschätzbaren Wettbewerbsnachteil bedeuten. Dies insbesondere auch, weil die Kunststoffindustrie

vom Export lebt und im Ausland BPA gebraucht werden darf. Zudem ist kaum anzunehmen, dass die Lebensmittelindustrie im Ausland für die Schweiz spezielle Behältnisse ohne BPA schaffen würde, um Lebensmittel in unser Land liefern zu können. Das könnte zu einem Versorgungsengpass führen und damit wäre ein Verbot von BPA ein Schuss ins eigene Bein.

Der Nationalrat hat am 5. März 2015 die entsprechende Motion mit 91 zu 89 Stimmen abgelehnt. Gemäss dem Parlamentsgesetz Art. 121 Ziff. 3 ist die Motion damit vom Tisch.

Kontakt

Swiss Plastics
Urs Meyer
Schachenallee 29C, CH-5000 Aarau
Telefon +41 (0)62 834 00 60
u.meyer@swiss-plastics.ch
www.swiss-plastics.ch ■